

Anlage 1)
Sachverhalt
Beitritt zum Rainbow Cities Network

1. Informationen zum Rainbow Cities Network

Das Rainbow Cities Network ist ein Netzwerk, welches Kommunen auf internationaler Ebene zusammenbringt mit dem Ziel, auch die Belange von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) in die kommunale Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit einfließen zu lassen und gegen jegliche Form von Diskriminierung vorzugehen. Kommunen kommt hier eine besondere Verantwortung zu, da sie Bürgerinnen und Bürgern als Verwaltungseinheit am nächsten stehen und Diskriminierung häufig im nahen Umfeld stattfindet. Im Rainbow Cities Network werden Kommunen unterstützt, Maßnahmen und Strategien der Antidiskriminierungs- und Akzeptanzarbeit für LSBTI-Bürgerinnen und -Bürger zu entwickeln und umzusetzen.

Ziele des Netzwerks sind:

- der Erfahrungsaustausch zwischen den Städten zum Mainstreaming von LSBTI in der Lokalpolitik,
- der Austausch von Praxisbeispielen und Initiativen auf lokaler Ebene,
- die Vernetzung mit internationalen Netzwerken und Organisationen,
- die Wahrnehmung internationaler Strömungen und ggf. die Zusammenarbeit bei Kampagnen.
- Das Netzwerk unterstützt zudem die Entwicklung von Projekten zwischen zwei oder mehr Kommunen im Sinne einer aktiven Vielfalts- und Antidiskriminierungspolitik.

Das Netzwerk wurde im Jahr 2013 gegründet. Vorausgegangen war die Zusammenarbeit von Städten mit kommunalen LSBTI-Gleichstellungsstellen, die innerhalb eines EU-Projektes gegen Homophobie (AHEAD – Against Homophobia. European local Administration Devices) zusammengearbeitet hatten. Um diese Vernetzung auf den Weg zu bringen, wurden verschiedene Stadtverwaltungen zu einer Konferenz nach Den Haag eingeladen, koordiniert durch die Organisation „MOVISIE“ aus den Niederlanden und mit finanzieller Unterstützung der niederländischen Regierung.

Das „Rainbow Cities Network“ ist eine Vernetzung ausschließlich der jeweiligen kommunalen Verwaltungen, nicht der politischen oder die zivilgesellschaftliche Ebene. Die Treffen finden einmal jährlich, jeweils wechselnd in einer Stadt aus dem Netzwerk, statt. Bei einem Beitritt entstehen nach derzeitigem Stand keine Mitgliedsbeiträge oder Aufnahmegebühren.

Im Rainbow Cities Network sind aktuell 32 Städte vertreten: Berlin, Köln, München, Hamburg, Mannheim, Hannover, Darmstadt (Deutschland); Wien (Österreich); Bern, Genf, Zürich (Schweiz); Amsterdam, Nijmegen, Rotterdam, Den Haag, Utrecht (Niederlande) Bergen, Oslo (Norwegen); Brüssel, Ghent (Belgien); Brighton&Hove, Dumphries, Galloway (UK); Ljubljana (Slowenien); Barcelona, Madrid, Ripollet (Spanien); Bologna, Turin, Parma (Italien); Şişli-Istanbul (Türkei); São Paulo (Brasilien)

Koordiniert wird das Netzwerk durch die niederländische Organisation MOVISIE, die dafür eine Förderung durch das Ministerium für Erziehung, Kultur und Wissenschaft der niederländischen Regierung erhält.

2. Wie kann man dem Netzwerk beitreten? „Memorandum of Understanding“

Das von den teilnehmenden Städten entwickelte „Memorandum of Understanding“ ist eine Ausformulierung des Grundverständnisses des Netzwerks. Dieses Papier muss von den teilnehmenden Kommunen unterzeichnet werden. Eine deutsche Fassung des Memorandums liegt als Anlage bei. Die Webseite des Bündnisses lautet: www.rainbowcities.com

3. Lokale Einschätzung der Notwendigkeit

Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte bezieht gegen jede Art von Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit klar Stellung. Der präventive Gesamtansatz von Menschenrechtsbildung, Antidiskriminierungs- und Erinnerungsarbeit vereint Maßnahmen zur Sensibilisierung, Bildung, Aufklärung und zur demokratischen Partizipation. Ein Beitritt zum Rainbow Cities Network wäre ein wichtiger Baustein, die lokale Menschenrechts- und Antidiskriminierungsarbeit weiter zu ergänzen. Alle im „Memorandum of Understanding“ genannten Voraussetzung werden von der Stadt Nürnberg erfüllt, die Ziele entsprechen denen der kommunalen Gleichstellungs-, Menschenrechts- und Antidiskriminierungsarbeit. Eine jährliche Darstellung der Maßnahmen, wie im Memorandum vorgeschlagen, liegt im Interesse der Stadt und kann von der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Frauenbeauftragte geleistet werden.

Mit der Verleihung des Internationalen Nürnberger Menschenrechtspreises an Kasha J. Nabagesera im Jahr 2013 wurde deutlich, dass LSBTI-Feindlichkeit kein Thema entfernter Menschenrechtspolitik ist. Großen Handlungsbedarf gibt es nach wie vor im Bereich Jugend und Schule. Laut Studien der Europäischen Grundrechteagentur aus dem Jahr 2013 und des Deutschen Jugendinstituts aus dem Jahr 2015 erleben LSBTI-Jugendliche nach wie vor häufig Diskriminierung und/oder Mobbing und sind von einem erhöhtem Suizidrisiko betroffen.

Aber auch im Erwachsenenbereich gibt es Unterstützungs- und Beratungsbedarf der aktuell in Nürnberg zum großen Teil zivilgesellschaftlich durch (ehrenamtlich tätige) Vereine geleistet wird, auch hier gibt es erlebte Diskriminierungen die in der Stadtverwaltung ankommen und in seltenen Fällen sogar gewaltsame Übergriffe.

Die Städte Nürnberg und Erlangen haben im Jahr 2015 eine Studie in Auftrag gegeben, um die Angebote der Stadt für LSBTI sowie die Bedarfe in den Politikfeldern Jugend, Familie, Seniorinnen und Senioren, Antidiskriminierungsarbeit und Migration zu erfassen. Positiv hervorzuheben ist in allen Bereichen das klare Bekenntnis zu Menschenrechten und Vielfalt, in der konkreten Umsetzung jedoch gibt es noch deutlich Leerstellen an (Beratungs-) Angeboten für LSBTI, an Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und an einer Sichtbarmachung des Themas. Als erster Schritt wurde eine Koordinierungsstelle LSBTI in der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Frauenbeauftragte eingerichtet, als zweiter Schritt ein Treffen mit den untersuchten Fachbereichen, um dort die Implementierung anzugehen.

Um nun in allen Handlungsfeldern gute Verwaltungspraxis umzusetzen, ist ein Austausch im kommunalen Rainbow Cities Network wertvoll, da hier bereits zahlreiche gute Ansätze, Praxisbeispiele und Erfahrungen vorliegen.

Die Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Frauenbeauftragte befürwortet daher, dass der Beitritt zu dem Netzwerk „Rainbow Cities Network“ durch den Ältestenrat und Finanzausschuss beschlossen wird und die Koordinierungsstelle LSBTI in der Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Frauenbeauftragte den Auftrag erhält, die Stadt Nürnberg dort zu vertreten.

Nürnberg, 05.07.2017

(77647)

Stabsstelle Menschenrechtsbüro & Frauenbeauftragte